

Weitere Kürzungen bei Familien stoppen

Seit 1. Juli 2004 sind die Kürzungen beim Landeserziehungsgeld in Kraft. Die Änderungen, die als "Neukonzeption des Landeserziehungsgeldes mit dem Ziel der Verbesserung für kinderreiche Familien" angekündigt worden sind, erweisen sich unterm Strich als reine Kürzungen - auch für kinderreiche Familien. Zwar bekommt eine Familie für ihr drittes Kind statt 307 Euro nun 350 Euro monatlich. Berücksichtigt man dabei jedoch die Kürzungen für das erste und zweite Kind, so erhält die Familie insgesamt 1.428 Euro weniger. Von einer tatsächlichen Verbesserung für kinderreiche Familien kann also keine Rede sein.

Landeserziehungsgeld: Familie mit 3 Kindern: **insgesamt 1428€weniger**

	Ab 1.7.2004:	Alte Regelung
1. Kind	(6 x 200€) = 1200 €	(12 x 256€) = 3072 €
2. Kind	(12 x 250€) = 3000 €	(12 x 256€) = 3072 €
3. Kind	(12 x 350€) = 4200 €	(12 x 307€) = 3684 €
	8400 €	9828€

Bereits vor 5 Jahren ist die Staatsregierung durch den Bayerischen Sozialbericht auf das hohe Armutsrisiko kinderreicher Familien in Bayern aufmerksam gemacht worden. Die Familienverbände, die Armutskonferenzen der Wohlfahrtsverbände und viele andere haben dazu immer wieder dringenden Handlungsbedarf angemahnt.

Ursprünglich war das Erziehungsgeld als Honorierung der Erziehungsleistung für Familien bis zur Höhe eines durchschnittlichen Facharbeitergehalts eingeführt worden. Inzwischen sind nur noch arme Familien leistungsberechtigt. Die Einkommensgrenze für den vollen Bezug des Landeserziehungsgeldes liegt derzeit für eine (Paar-)Familie mit zwei Kindern bei: 19.640 € / Jahr.

Im Vergleich dazu: Das Existenzminimum dieser Familie beträgt 26.944 Euro - dies entspricht dem Betrag, den der Staat steuerlich freistellt.

Die Landesregierung verfolgt offensichtlich inzwischen die Grundlinie des Spardiktats so vehement, dass sie damit die eigenen familienpolitischen und sozialpolitischen Grundüberzeugungen völlig aus dem Blick verliert.

Die nächste Stufe im Abbau des Landeserziehungsgeldes

Bei den Haushaltsberatungen (Doppelhaushalt 2005 / 2006) der CSU-Landtagsfraktion auf Kloster Banz sprach sich der Bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser für die Streichung des Landeserziehungsgeldes für das jeweils

erste Kind aus. Mit dem gesparten Geld könnten statt dessen Kinderbetreuungseinrichtungen finanziert werden.

Der Nachholbedarf im Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder - insbesondere für unter 3Jährige und für Grundschulkinder - wird seit langem von den Familienverbänden gefordert und jede entsprechende Anstrengung der Regierung, die in Richtung Bedarfsdeckung geht, wird begrüßt.

Gleichwohl ist es gänzlich verfehlt die Finanzierung der Tageseinrichtungen durch Kürzungen bei den wirtschaftlich schwachen Familien sichern zu wollen.

Die bayerischen Familienverbände sehen in den Planungen der Staatsregierung zu weiteren Kürzungen beim Landeserziehungsgeld einen erneuten Schritt in die falsche Richtung. Sie fordern den Abbau des Landeserziehungsgeldes zu stoppen und statt dessen in die Zukunft zu investieren - in die Kinder und ihre Familien.

Lernmittelfreiheit

Eine weitere Position im Sparprogramm für Familien war die von der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz beschlossene völlige Abschaffung der Lernmittelfreiheit ab dem Schuljahr 2005/06. Nach ersten Protesten wurde dann das Konzept des Büchergeldes vorgestellt. Eltern von Grundschulern sollen von 2005 an 20 Euro Büchergeld pro Kind im Jahr zahlen. Für alle Schüler an weiterführenden Schulen sollen es jeweils 40 Euro sein.

Die bayerischen Familienverbände sehen in diesem Vorgang, dem letztlich das Ziel der völligen Abschaffung der Lernmittelfreiheit zu Grunde liegt, eine familienfeindliche Strategie und fordern die Rücknahme der Pläne. Mit der Erhebung eines Büchergeldes ist die Lernmittelfreiheit bereits de facto abgeschafft.

Die Familienverbände bewerten die geplanten Kürzungen des Landeserziehungsgeldes und die Abschaffung der Lernmittelfreiheit als bedeutenden familienpolitischen Rückschritt und insbesondere mit Blick auf die demographische Entwicklung als völlig falsches Signal.

Beschlossen von der Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen (AGF) in Bayern und vom Bayerischen Landesbeirat für Familienfragen am 6. Oktober 2004.